



Niederschrift 17. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 28.04.2016
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:02 Uhr
Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr David Kolesnyk	SPD	Sitzungsleitung
---------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	ab 16:35 Uhr
Frau Helga Hübner	anerkannter freier Träger	
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	
Herr Björn Karl	CDU/ANW	
Herr René Kulke	DIE aNDERE	
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Matthias Kaiser	CDU/ANW
----------------------	---------

beratende Mitglieder

Herr Lutz Boede	Migrantenbeirat
Frau Claudia Brandis	Kreiselternrat
Frau Anja Mischur	Polizeiinspektion Potsdam
Frau Solveig Hannemann	Agentur für Arbeit Potsdam
Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt
Herr Maximilian Koppe	Jugendvertretung
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche
Frau Doina Sarsaman	Kreisschülerrat
Herr Reinhold Tölke	Jugendamtsleiter

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Geschäftsbereich 3
---------------------------------	------------------------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Frau Friederike Harnisch	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Nico Marquardt	SPD	entschuldigt

beratende Mitglieder

Frau Dr. Kristina Böhm	Öffentlicher Gesundheitsdienst	entschuldigt
Frau Rita Franke	Amtsgericht Potsdam	entschuldigt
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik	Ltrn. Büro f.Chancengleichh./Vielfalt	nicht entschuldigt
Herr Borys Zilberman	Jüdische Gemeinde	nicht entschuldigt

Gäste:

Frau Ute Parthum	stellv. Ausschussmitglied
Herr Andreas von Essen	stellv. Ausschussmitglied
Herr Michael Chudoba	Medienwerkstatt Potsdam
Frau Susanne Grunewald	Medienwerkstatt Potsdam
Frau Sabine Frenkler	AG Kita
Herr Peter Siebert	Jugendklub el centro
Herr Christian Riecke	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Christina Weidner	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Kerstin Elsaßer	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Birgit Ukrow	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Martina Spyra	Schritfführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.03.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Bericht der Jugendvertretung
- 5 Vorstellung des Kinderstadtplans
- 6 Vorstellung des Ferienpasses 2016

- 7 Vorstellung des Konzeptes der Jugendklubs "el centro"
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Kinder- und Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte
Vorlage: 16/SVV/0218
Fraktion DIE aNDERE
- 9 Anträge
- 9.1 Richtlinie für die Verhandlung und Festsetzung von Entgelten bei der
Gewährung von stationären und teilstationären Hilfen zur Erziehung, sowie
Projekten ohne Betriebserlaubnis im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches
Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam (Richtlinie Entgelte)
Vorlage: 16/SVV/0272
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 10 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.03.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 12 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung über die Niederschrift vom 16.03.2016. Er teilt mit, dass von Seiten der Verwaltung um Korrektur eines Schreibfehlers auf Seite 9 gebeten wird. Statt 123.000 Euro muss es richtig 13.000 Euro heißen.

Herr Ströber bittet, folgenden Satz auf Seite 10 zu streichen: „Gott sei Dank gibt es Informationen, die nicht öffentlich sind, sonst hätte man sich nicht darüber informieren können.“

Des Weiteren bittet er um folgende Korrektur seiner Aussage auf Seite 5: „Augenblicklich gibt es eine Beschulung in Verantwortung der GFB in den unentgeltlich zur Verfügung gestellten Räumen der Hoffbauerstiftung.“

Herr Kolesnyk stellt die so geänderte Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Herr Kolesnyk stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Herr Riecke (FB Kinder, Jugend und Familie) informiert, dass sich mit heutigem Datum in Zuständigkeit des Jugendamtes der Landeshauptstadt Potsdam insgesamt 87 **unbegleitete minderjährige Ausländer** befinden. Weitere Zuweisungen stehen derzeit nicht an.

In der Inobhutnahme- und Clearingeinrichtung Heinrich-Mann-Allee sind mit heutigem Stand 21 männliche umA untergebracht. Am Standort Clearing Puschkinallee (Fluchtpunkt) sind aktuell 3 unbegleitete minderjährige Mädchen untergebracht.

Die Beschulung während der Clearingphase erfolgt in Form eines Deutschkurses in Verantwortung der GFB derzeit noch auf dem Gelände der Hoffbauerstiftung. Die weitere Beschulung in Willkommensklassen konnte inzwischen sichergestellt werden.

Im vergangenen Monat sind neue stationäre Plätze in Nachfolgeeinrichtungen aufgebaut worden. Diese befinden sich in Trägerschaft der JH Geltow und der Volkssolidarität. Weitere 20 Plätze befinden sich im Bau bzw. im Genehmigungsverfahren.

Die Aufnahmequote der LHP liegt nach Auskunft des MBS bei 6,67% aller dem Land Brandenburg zugewiesenen umA. Das MBS geht insgesamt noch immer von 139 umA aus, die die LHP im laufenden Jahr aufzunehmen hat. Die bundesweite Umverteilung verläuft schleppend, die LHP erreichten zuletzt 3 Jugendliche.

Die vom Land Brandenburg angekündigte Konnexität bei der Refinanzierung der Personal- und Sachkosten der LHP ist nicht eingetreten, da das Land Brandenburg diese Kosten weiterhin nur mit einer Pauschale refinanziert. Die LHP hat deshalb am 29.03.2016 Klage gegen das Land Brandenburg vor dem Verwaltungsgericht Potsdam erhoben.

Herr Tölke informiert über die **Abschlussveranstaltung Kita-ZOOM** am 14. April 2016, auf der die Ergebnisse des fast 3-jährigen Prozesses präsentiert wurden. Ziel des von der Stiftung Bertelsmann im Auftrag der LIGA moderierten Prozesses war, Standards für die Verbesserung der Qualität in den Kitas zu benennen, zu beschreiben und mit groben Kostengruppen zu hinterlegen. Im Rahmen der Abschlussveranstaltung wurden die Ergebnisse detailliert vorgestellt. Die qualitätsverbessernden Maßnahmen beziehen sich insbesondere auf einen besseren Betreuungsschlüssel als auch auf Verbesserung bei den Betriebs- und Sachkosten. Nach erster Einschätzung der Stiftung Bertelsmann wird das Gesamtvolumen für die Qualitätsverbessernden Maßnahmen für Land + Kommunen auf ca. 500.000.000 Euro pro Jahr kalkuliert.

Folgendes Resümee wird aus der Sicht der Landeshauptstadt Potsdam gezogen:

Der sehr konstruktive Dialog aller Beteiligten muss unbedingt weiter geführt werden.

Die kommunalen Spitzenverbände sollen dringend um Teilnahme gebeten werden.

Der weitere Prozess sollte durch das MBSJ moderiert werden.

Ziel der Fortführung des Dialogs unter Moderation des MBSJ soll ggfs. eine Reform des Kita-Gesetzes zur Folge haben.

Die LHP wirbt bei der Politik für die Fortführung des Dialogs und wird dies auch im LKJA thematisieren.

Bei der Neufassung der Kita-Finanzierungsrichtlinie für die LHP zum 01.01.2017 werden für den Bereich der Sach- und Betriebskosten Teile der Vorschläge des Kita-Zoom-Prozesses eingearbeitet werden. Die Vorschläge werden in der AG Kita diskutiert. Die Vorschläge der Verwaltung zur Verbesserung der Qualität umfassen Maßnahmen in Höhe von ca. 1,5 Million Euro (brutto). Die Mittel sind für den Haushalt 2017 ff angemeldet worden.

Ziel ist es auch, für die neue Kita-Finanzierungsrichtlinie eine neue angemessene Refinanzierung der Investitionskosten der Träger zu formulieren. Hierzu wurden zwei Wirtschaftsprüfer - jeweils einer für die LHP und einer für die freien Träger - gebeten, ein Vorschlag zu erarbeiten. Das Ergebnis wird Ende Mai 2016 erwartet.

Herr Tölke informiert, dass der **3. Brandenburger Kongress der Kinder- und Jugendarbeit** am 09. und 10. November 2017 in Potsdam stattfinden wird.

Herr Tölke verweist auf die in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses behandelte Beschlussvorlage zur Einrichtung der DEJU-Datenbank. Herr Ströber hat in diesem Zusammenhang mitgeteilt, dass der Jugendhilfeausschuss der Stadt Brandenburg/Havel dem Beitritt nicht zugestimmt hat. Dies ist nicht richtig, der JHA hat dem einstimmig zugestimmt.

Frau Dr. Müller spricht die Refinanzierung von Investitionen an und fragt nach dem konkreten Punkt, an dem es nicht weiterging.

In Bezug auf Kita-ZOOM lobt sie, dass die LHP mit dem Haushalt eine Reaktion zeigt. Sie fragt, ob es auch eine Reaktion von Seiten des Landes gibt, wann es eine Kita-Gesetzesnovelle geben wird.

Zum Dialog fragt sie, welche Dialogformen es geben soll.

Herr Tölke betont, dass der Dialog zur Verbesserung der Qualität in den Kitas weitergeführt werden sollte. Hier müssen auch weiterhin die kommunalen Spitzenverbände beteiligt sein.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass nicht nur der Personalschlüssel verbessert werden muss, sondern auch bedacht werden muss, dass in der LHP ein großer Anteil an Kita-Kinder bis zu 10 Stunden täglich betreut werden müssen. Hier muss darüber nachgedacht werden, ob man von einem Personalschlüssel zu einem Betreuungsschlüssel kommt. Es muss überlegt werden, ob nicht das Kita-Gesetz an sich überarbeitet werden sollte.

Herr Tölke erklärt, dass es bei der Überarbeitung der Kita-Finanzierungsrichtlinie keine Einigung bezüglich der angemessenen Miete gegeben hat. Aus diesem Grund erfolgte der Einsatz der beiden Wirtschaftsprüfer.

Frau Dr. Müller verweist auf die Beschlussvorlage 16/SVV/0116 „Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB VIII zum 01.07.2016“ und betont, dass bisher im

Jugendhilfeausschuss über Beschlüsse der StVV informiert wurde, wenn Drucksachen vorher im JHA behandelt wurden. Sie verweist auf die Debatte dazu in der StVV.

Herr Otto berichtet, dass er die Diskussion live verfolgt hat. Es weist darauf hin, dass im KJHG geregelt ist, dass die Basis diese Beschlüsse fasst.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass die Kritik gegenüber Herrn Schultheiß direkt angebracht werden sollte.

Herr Liebe äußert seine Enttäuschung darüber, dass Frau Müller-Preinesberger den Jugendhilfeausschuss gegen die Äußerung von Herrn Schultheiß nicht abgeschirmt hat. Der Qualitätsanspruch des Jugendhilfeausschusses ist aus seiner Sicht in dieser Situation nicht deutlich gemacht worden.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf § 23 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung. Danach hat sie nicht das Recht, einzelne Stadtverordnete zu maßregeln. Sie weist darauf hin, dass sie in der StVV deutlich gemacht hat, dass sie für die Erhebung von Daten und deren Vergleichbarkeit steht.

Herr Ströber macht deutlich, dass gute Arbeit und Vergleichbarkeit gewollt ist.

Frau Frehse-Sevran betont, dass die Trägervertreter in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses immer wieder deutlich gemacht haben, dass sie eine saubere und offene Datenerhebung haben wollen.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass die Frage von Herrn Schüler entsprechend gestellt war, was die Träger bewegt. Darauf habe er dann auch so geantwortet. Er sagt zu, dass er in seiner Funktion als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses auf Herrn Schultheiß zugehen und ihm deutlich machen wird, dass seine Wortwahl in der Stadtverordnetenversammlung von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses als verletzend empfunden wurde und nicht angebracht war.

zu 3 **Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

Herr Liebe berichtet über die Sitzung des **Unterausschusses** vom 19.04.2016. Er informiert, dass Herr Toppel (Polizeiinspektion Potsdam) an der Sitzung teilgenommen hat und mit ihm eine Auswertung der Demo-Ereignisse erfolgt ist. Herr Toppel hat dabei deutlich gemacht, dass es in der Situation vor Ort fast nicht möglich ist, zwischen Gewaltbereiten, Demo-Touristen und friedlich Demonstrierenden zu unterscheiden. Ziel ist, direkte Konfrontationen der Teilnehmer der verschiedenen Demonstrationen zu verhindern sowie das Versammlungsrecht durchzusetzen.

Des Weiteren hat der Unterausschuss die März-Sitzung des Jugendhilfeausschusses ausgewertet und sich in Vorbereitung auf die heutige Sitzung mit dem Entwurf der Richtlinie Entgelte befasst.

Herr Kulke fragt, ob in der Kommunikation mit Herrn Toppel, auch die Fragen gestellt, die in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses aufgekommen sind, wie z.B. die Arbeit der Polizei mit Minderjährigen.

Herr Liebe erklärt, dass laut Aussage von Herrn Toppel bei Kindern anders reagiert wird. Man ist immer bemüht, die Beamten ausreichend zu schulen. Eine Unterscheidung bei Jugendlichen ist schwer möglich. Hier kann durch die Beamten in der Situation vor Ort nicht unterschieden werden.

Frau Hübner ergänzt, dass Herr Toppel an dieser Stelle nur für seine Potsdamer Kollegen sprechen konnte. Er hat auch darauf hingewiesen, dass es für Beamte aus anderen Städten auch aufgrund der fehlenden Ortskenntnis schwer einzuschätzen ist.

Frau Frehse-Sevran regt an zu überlegen, ob man regelmäßig mit der Polizei redet und die Beamten sensibilisiert. Sie hält es für kontraproduktiv, Vertreter einzuladen und zur Rechenschaft zu ziehen.

Frau Dr. Müller ergänzt, dass überlegt werden sollte, in welchem Rahmen Kontakt zu Vertretern des Antikonfliktteams aufgenommen werden kann.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass Frau Mischur als Vertreterin der Polizeiinspektion die Anregungen mitnehmen und in der nächsten Sitzung eine Rückmeldung geben kann.

Frau Mischur bestätigt dies und regt an, mit den Ausbildern des Anti-Konflikt-Teams ins Gespräch zu kommen.

Herr Boede schlägt vor, dass Herr Gehl in der nächsten Sitzung dazu Informationen gibt. Ggf. sollte dann auch auf entsprechende Dienstanweisungen eingegangen werden.

Frau Frenkler teilt mit, dass sie den Bericht zur **AG Kita** am 27.04.2016 an Frau Spyra geschickt hat. Dieser wird dann dem Tagesordnungspunkt der Niederschrift im Ratsinformationssystem beigefügt. Sie informiert, dass die Resolution an das Land, im Mai im JHA besprochen werden soll. In der AG Kita ist der Austausch zur Platzsituation und zur Auslastungsquote erfolgt. Alle Kita-Träger sind bereit, nach Möglichkeiten zu suchen, noch Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Auch dem Kita-Navigator sehen die Träger freudig entgegen. Es gibt Überlegung zur Einrichtung eines Elternbeirates.

Herr Ströber teilt mit, dass die **AG Hilfen zur Erziehung** am 24.05.2016 die nächste Sitzung hat. In diesem Zusammenhang informiert Herr Tölke, dass ab dem 02.05.2016 die Stelle Qualitätsmanagement für Hilfen zur Erziehung wieder besetzt ist. Frau Berg wird diese Aufgabe übernehmen. Sie ist bereits Mitarbeiterin im Jugendamt, und in der Jugendgerichtshilfe (JGH) tätig.

Frau Hübner berichtet, dass die **Regionale Jugendhilfe AG 3** am 20.04.2016 getagt und sich mit dem Handlungsziel 4.4 des Jugendhilfeplanes befasst hat. Es wurde festgestellt, dass einige Formulierungen so nicht in allen Bereichen durchzusetzen sind.

Des Weiteren gab es eine Verständigung zur Hortplatzsituation in der Waldstadt. Auch das Konzept des Familienzentrums im Bisamkiez wurde ausführlich besprochen.

zu 4 Bericht der Jugendvertretung

Herr Koppe teilt mit, dass Frau Kabitzke seit diesem Monat den Platz für Jugendliche im Beteiligungsrat einnimmt.

zu 5 Vorstellung des Kinderstadtplans

Herr Kolesnyk schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5 „Vorstellung des Kinderstadtplans“ und 6 „Vorstellung des Ferienpasses 2016“ gemeinsam zu behandeln.

zu 6 Vorstellung des Ferienpasses 2016

Frau Parthum gibt eine kurze Einleitung und macht dabei deutlich, dass eine wichtige Voraussetzung für die Beteiligung und Partizipation kindgerechte Informationen sind. Die Jugendingformation ist ableitbar aus den §§ 12 und 14 SGB VIII.

Frau Grunewald (Medienwerkstatt Potsdam) hat die letzte Neuauflage des Kinderstadtplans koordiniert und begleitet. Sie macht darauf aufmerksam, dass es den Kinderstadtplan bereits seit 15 Jahren gibt und nun die 4. Auflage erschienen ist.

Sie zeigt einen Filmausschnitt über die Tram-Fahrt am 05.04.2016 anlässlich der Übergabe der 4. Auflage des Kinderstadtplans.

Anschließend erläutert Frau Grunewald die Rahmenbedingungen für die Erstellung des Kinderstadtplanes. Dabei teilt sie mit, dass der Kinderstadtplan bisher alle 3 bis 4 Jahre aktualisiert und herausgegeben wurde. Dies erfolgte immer im Rahmen eines Kurzzeitprojektes, wodurch eine kontinuierliche Arbeit nicht möglich war.

Ziel ist die kurzfristige Projektsicherung und damit eine fortlaufende Redaktionsarbeit. Ein Realisierungsvorschlag wäre die Projektsicherung über eine feste Finanzierung.

Herr Chudoba (Medienwerkstatt Potsdam) stellt den Ferienpass 2016 vor und betont, dass dieser bereits seit 1981 in Potsdam erscheint. Der Ferienpass wird kostenfrei an alle Grundschüler der Stadt verteilt und erfreut sich großer Beliebtheit bei den Kindern.

Er berichtet, dass die Internetseite 2013 komplett überarbeitet wurde und damit eine komplette Veranstaltungsplattform bereitgestellt werden kann. Im Jahr 2016 gab es eine Auflagenerhöhung von 10.000 auf 12.000 Stück. Die Druckkosten hierfür wurden durch das Jugendamt übernommen.

Abschließend erklärt Herr Chudoba, dass es wünschenswert ist, die Honorarkosten um 1.800 Euro zu erhöhen und ein Veranstaltungsportal für ganzjährige Freizeit-Angebote zu schaffen. Er betont, dass damit nicht der Ferienpass abgeschafft werden soll.

Anschließend stellt Frau Parthum die Visionen dar. Dabei macht sie deutlich, dass eine kindgerechte Onlineplattform entwickelt werden soll. Hier ist eine starke Beteiligung der Zielgruppe geplant. Es kann aber auch Lernmaterial erstellt werden, dass durch Grundschulen und Kitas frei genutzt werden kann.

Vorstellbar wäre auch eine Standardisierung der Kinderstadtpläne im deutschsprachigen Raum. Es gibt bereits Statements, die eindeutig dafür sprechen.

Abschließend stellt Frau Parthum die finanziellen Auswirkungen dar und macht dabei deutlich, dass 2017 eine strukturelle Förderung in Höhe von 12.000 Euro und für Ferienpass eine Erhöhung der Honorarkosten um 1.800 Euro zusätzlich zur bisherigen Förderung von 28.200 Euro wünschenswert wäre.

Frau Hübner betont, dass Kinderstadtplan und Ferienpass nicht mehr aus Potsdam wegzudenken sind. Die Sicherung und Weiterentwicklung ist aus ihrer Sicht wichtig. Sie findet gut, dass sich die Medienwerkstatt so engagiert.

Herr Liebe lobt, dass den nördlichen Stadtteilen hier auch große Aufmerksamkeit gegeben wurde. Dies ist sehr hilfreich und wird intensiv nachgefragt. Er spricht sich dafür aus, dem Kinderstadtplan großes Augenmerk zu geben.

Frau Parthum erklärt, dass in dem Stadtplan neu auch WLAN-Hotspots aufgenommen wurden, da es diesbezüglich Nachfragen gab.

Frau Dr. Müller hebt die nachvollziehbare Darstellung der benötigten finanziellen Mittel hervor. Es muss im Zuge der Haushaltsberatung besprochen werden, welche Möglichkeiten für die Finanzierung gefunden werden können. Sie hofft auf einen entsprechenden Vorschlag durch die Verwaltung.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf den Eckwertebeschluss der Verwaltung, der zur nächsten Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird. Sie macht auch auf die finanzielle Situation der Landeshauptstadt Potsdam aufmerksam, sagt aber zu, dies zu prüfen.

Frau Hübner schlägt vor, einen Prüfauftrag zu erteilen und um Rückmeldung ggf. im Oktober 2016 zu bitten.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass noch nicht klar ist, wann der Haushalt 2017 beraten werden kann.

Herr Ströber bittet zu prüfen, in welchem Bereich dies in den Haushalt aufgenommen werden kann.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass es hier um die Weiterentwicklung des Kinderstadtplans geht. Er verweist auf die Online-Kita-Karte und gibt zu bedenken, dass hier geprüft werden sollte, wie dies gemeinsam entwickelt werden kann.

Frau Parthum informiert, dass hier schon der Kontakt hergestellt ist. Auf Nachfrage teilt Frau Parthum mit, dass es schon Verhandlungen mit dem Jugendamt gibt. Sie wird die Mittel für den Kinderstadtplan bei der Verwaltung des Jugendamtes beantragen.

Frau Müller-Preinesberger regt an, dass Thema Bildung im Zusammenhang mit dem Kinderstadtplan nicht außer Acht zu lassen. Sie macht deutlich, dass auch eine Möglichkeit, aus dem Bildungsbereich finanzielle Unterstützung zu bekommen, geprüft werden sollte.

Frau Dr. Müller schlägt vor, zu überlegen, wie die Finanzierung erfolgen kann. Es sollte geprüft werden, ob Kooperationen mit anderen Bereichen möglich sind. Eine weitere Möglichkeit ist, für 2017 erneut mit Projektmitteln zu arbeiten und dies für die Haushaltsplanung 2018/2019 mitzunehmen.

Herr Otto fragt, ob bereits ein inhaltliches Projekt aus dem Bildungsetat gefördert wurde und ob es überhaupt Möglichkeiten der Förderung gibt.

Herr Kolesnyk verweist in diesem Zusammenhang auf die Schulsozialarbeit.

Herr Wollenberg erklärt, dass es im Etat des Fachbereiches Bildung und Sport keine Mittel für die inhaltliche Arbeit gibt, da dies hier Landessache ist.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass es sich um Sachkosten für einen Kinderstadtplan handelt, der auch in Schulen ausgereicht wird. Diese Sachkosten könnten entsprechend aufgeteilt werden.

Im Zusammenhang mit der Haushaltsaufstellung 2017 wird es sicher noch viele Begehrlichkeiten geben. Hier muss der Jugendhilfeausschuss dann prüfen.

Herr Kolesnyk bittet Frau Parthum um eine kurze Zusammenfassung der Präsentation als Anlage für das Protokoll.

zu 7 Vorstellung des Konzeptes der Jugendklubs "el centro"

Herr Schmolke teilt mit, dass Herr Peter Siebert der Klubleiter und schon viele Jahre im Verein aktiv ist. Der Jugendklub wurde am 15.09.2015 durch den Chill out e.V. übernommen.

Anhand einer Präsentation gibt Herr Schmolke Erläuterungen zum Konzept und geht dabei auf die Ziele und das Leitbild des Trägers ein. Er verweist auf die Ausgangslage, die durch einen niedrigen Sozialstatus sowie einer relativ hohe Anzahl an jungen Menschen mit Migrationshintergrund etwas erschwert war. Die Kernzielgruppe stellen die Kinder und Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren dar. Eine gute Kooperation besteht aufgrund der räumlichen Nähe zu den „Zimticken“.

Herr Schmolke geht näher auf die im Konzept dargestellten Handlungsziele ein und gibt dann einen Überblick über die räumliche Situation. Er weist darauf hin, dass es sich um ein alleinstehendes Gebäude handelt, was ein großer Vorteil ist. Er berichtet, dass diverse Innenarbeiten bereits erledigt sind und auch schon Sachspenden eingeworben werden konnten. Die Erstausrüstung wurde beantragt.

Anschließend gibt Herr Schmolke einen Überblick über die Personalausstattung und die Angebote.

Er informiert, dass eine Bedarfserhebung unter den Nutzern erfolgt ist, mit der 132 Jugendliche erreicht wurden. Als nächstes steht die Namensfindung an. Der Prozess dazu hat bereits begonnen. Eine Hausordnung und ein Club-Gestaltungsplan werden entwickelt.

Des Weiteren soll in diesem Jahr mindestens noch eine Ferienfahrt stattfinden.

Herr Siebert stellt sich kurz vor, und informiert, dass er vor der Tätigkeit im Klub im Bereich der Hilfen zur Erziehung bei einem freien Träger in Potsdam tätig war.

Herr Reinke spricht die Namensgebung an und macht deutlich, dass es aus seiner Sicht wichtig ist, einen neuen Namen zu finden, da sich auch das Konzept der Einrichtung geändert hat.

zu 8 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 8.1 **Kinder- und Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte** **Vorlage: 16/SVV/0218**

Fraktion DIE aNDERE

Herr Kulke bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Otto weist darauf hin, dass es bereits ein Kinderschutzkonzept gibt und fragt, ob dies hier integriert werden kann.

Herr Tölke verweist auf die entsprechenden Leistungsvereinbarungen, die mit allen Trägern von Gemeinschaftsunterkünften abgeschlossen wurden. Somit ist der Kinderschutz hier bereits eingeschlossen.

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass der vorliegende Antrag bereits im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion beraten wurde. Hier war auch Frau Kronemann anwesend, die zum Kinderschutz informiert hat.

Sie betont, dass mit allen Trägern Vereinbarungen geschlossen sind. Diese sind zwingend Voraussetzung für den Vertragsabschluss. Somit ist dieser Teil des Antrages erledigt.

Sie teilt mit, dass mit einer Ausnahme in allen Gemeinschaftsunterkünften die Sanitärräume für Männer und Frauen getrennt und verschließbar sind. Einzige Ausnahme bildet die Unterkunft in der Sandscholle, in der aus diesem Grund ausschließlich Männer untergebracht sind.

In der Einrichtung in der Zeppelinstraße kann bei Bedarf eine komplette Etage für schutzbedürftige Frauen zur Verfügung gestellt werden.

Des Weiteren macht Frau Müller-Preinesberger auf den guten Personalschlüssel in den Einrichtungen der Landeshauptstadt Potsdam aufmerksam. Für sie ist nicht klar, was erarbeitet werden soll. Sie regt an, in einer Mitteilungsvorlage den Stadtverordneten mitzuteilen, wie sich die Unterbringungssituation in Potsdam darstellt, um zu sehen, was noch gebraucht wird.

Herr Boede teilt mit, dass dies bei der Erarbeitung des Integrationskonzeptes so beschlossen wurde. Bei dem vorliegenden Antrag geht es nicht nur um Kinderschutz und den Schutz vor sexuellen Übergriffen. Der Antrag geht viel weiter und betrifft auch andere Bereiche. Es sollte geprüft werden, in welchen Bereichen es Bedarf gibt. Es gibt z.B. auch Gewalt von Besuchern oder dem Sicherheitspersonal. Er verweist auch auf die besondere Situation. Auch der Migrantenbeirat steht hinter dem Antrag. Er bittet, die fachliche Diskussion zu führen.

Herr Liebe spricht sich ausdrücklich für den Schutz der Geflüchteten aus. Er traut den Trägern, die die Einrichtungen betreiben, dies durchaus zu. Ihm wäre wichtig, was die Träger diesbezüglich tun. Er spricht sich dafür aus, die Kompetenz der Träger abzufragen. Danach kann darüber beraten werden.

Herr Wollenberg schließt sich dem an. Als Ausgangsbasis fehlt ihm eine Situationsdarstellung. Diese könnte im Rahmen einer Großen Anfrage erfolgen. Die Energie sollte nicht in die Erarbeitung von Konzepten fließen sondern in die tägliche Arbeit.

Frau Frehse-Sevran teilt mit, dass es regelmäßige Treffen der Träger der Gemeinschaftsunterkünfte gibt. Sie schlägt vor, dass diese sich dazu verständigen und dann signalisieren, was benötigt wird.

Herr Otto bittet um eine Analyse, welche Standards es gibt, welche umgesetzt werden und welche nicht umgesetzt werden.

Herr Kolesnyk schlägt vor, den Antrag zurückzustellen. Er bittet die Träger, sich zu verständigen und zu berichten. Die Verwaltung arbeitet zu.

Herr Boede sieht ein Problem darin, dass bei dem jetzigen Verfahren die Kinderschutz- und Frauenschutzorganisationen nicht dabei sind.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass es ein Papier vom Paritätär dazu gibt. Sie macht deutlich, dass sie nicht dagegen gesprochen hat, sich mit dem Thema Gewaltschutz zu befassen. Es gibt auch Gewalt und Übergriffigkeiten in Familien außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften.

Sie bittet den Antrag zurückzustellen und die Verwaltung zu beauftragen, dies gemeinsam mit den Trägern aufzuarbeiten.

Des Weiteren macht sie darauf aufmerksam, dass das erweiterte Führungszeugnis Standard ist. Sie weist darauf hin, dass in Potsdam überwiegend wohnungsähnliche Unterbringung erfolgt.

Frau Müller-Preinesberger schlägt vor, die vorhandenen Daten aufzubereiten und anschließend erneut im Ausschuss zu beraten.

Frau Dr. Müller bittet, dass der Situationsbeschreibung die Arbeitsgrundlagen vornan gestellt werden. Es gibt bereits viele verbindlich festgeschriebene Arbeitsgrundlagen.

Herr Boede hält dies für bedenklich. Sinnvoller ist ein ergebnisoffenes nichtöffentliches Verfahren.

Herr Kolesnyk stellt die Zurückstellung der Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 9 Anträge

zu 9.1 Richtlinie für die Verhandlung und Festsetzung von Entgelten bei der Gewährung von stationären und teilstationären Hilfen zur Erziehung, sowie Projekten ohne Betriebserlaubnis im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam (Richtlinie Entgelte)

Vorlage: 16/SVV/0272

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Tölke bringt die Drucksache ein und begründet diese.

Frau Weidner (FB Kinder, Jugend und Familie) weist darauf hin, dass die derzeit gültige Richtlinie im Oktober 2007 von der Qualitäts-, Entgelt- und Leistungskommission beschlossen wurde und am 01.01.2008 in Kraft getreten ist. Diese Richtlinie entspricht nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten.

Frau Weidner stellt anhand einer Präsentation die Änderungen vor und gibt Erläuterungen dazu. Sie teilt mit, dass mehrere Beratungen mit Vertretern der freien Träger stattgefunden haben, in denen überwiegend Einigung erzielt werden

konnte. Anschließend gibt sie einen Überblick über die wichtigsten Kennziffern, die besprochen wurden. Sie macht deutlich, dass bei der Teamleitung den Trägerwünschen nicht entsprochen werden konnte.

Frau Frehse-Sevran macht deutlich, dass es eine intensive und konstruktive Debatte gab. Sie betont, dass die Position des Innewohnenden Erziehers als problematisch angesehen wird, da nicht absehbar ist, ob unter diesen Bedingungen noch innewohnende Erzieher für 4 bis 6 Kinder in von Trägern angemieteten Wohnungen gefunden werden. Hier muss gesehen werden, welche Konsequenzen dies hat.

Bei der Position Teamleiter kann aus Sicht der Träger nicht nachgegeben werden kann. Sie schildert kurz die Aufgaben und Verantwortungsbereiche der Teamleiter und macht dabei deutlich, dass ohne die fachlichen und koordinierenden Aufgaben der Teamleiter die Führung einer qualitativ guten Wohngruppe nicht möglich ist.

Sie beantragt folgende Änderung für die Eingruppierung der Teamleiter: „Der jeweils aktuelle Stand des TVÖD findet Anwendung“.

Herr Tölke erklärt, dass eine Finanzierung der Teamleitung natürlich möglich ist, wenn es dazu die nötige Vorgabe in der Betriebserlaubnis gibt.

Frau Frehse-Sevran ergänzt, dass die Teamleitung keine besondere Stelle ist, sondern eine Person, die zusätzlich diese Verantwortung übernimmt. Die Fachaufsicht ist nicht in der Lage, dies in der Betriebserlaubnis zu definieren. Dies ist über den TVÖD geregelt.

Frau Dr. Müller kann die Aussage von Herrn Tölke nicht nachvollziehen.

Herr Tölke erklärt, dass es sich hier um Aufgaben handelt, die zu den normalen Tätigkeiten im Arbeitsbereich eines Mitarbeiters gehören. Diese Aufgaben können an die vorhandenen Mitarbeiter delegiert werden. Dies war der Hintergrund für die Haltung der Verwaltung.

Herr Wollenberg weist darauf hin, dass im TVÖD die Eingruppierungsmerkmale geregelt sind. Er bittet um Erläuterung, warum dies an dieser Stelle nicht erfolgen soll.

Herr Tölke erklärt, dass im TVÖD geregelt ist, dass Teamleiter nach S9 bezahlt werden. Dies wird nicht angezweifelt. Fraglich ist, ob hier ein Teamleiter erforderlich ist. Dazu wird eine konkrete Darstellung der Tätigkeiten benötigt.

Herr Karl macht darauf aufmerksam, dass der Mitarbeiter mehr Geld bekommt, wenn er eine höherwertige Tätigkeit ausführt. Wenn dies in einer Tätigkeitsbeschreibung festgeschrieben ist, muss aus seiner Sicht eine Höhergruppierung erfolgen.

Herr Liebe schließt sich dem an und wirbt dafür, die Ergänzung in die Vorlage aufzunehmen.

Frau Müller-Preinesberger wirbt dafür, dies der Verwaltung als Prüfauftrag mitzugeben.

Herr Wollenberg bittet um Zurückstellung der Drucksache Erteilung des Prüfauftrages an die Verwaltung.

Frau Dr. Müller bittet, dazu im Vorfeld schriftliche Erläuterungen/Aussagen auszureichen.

Herr Liebe verweist auf die Synopse, die nicht aktuell ist.

Frau Weidner sagt zu, diese zu aktualisieren.

Herr Kolesnyk stellt die Zurückstellung der Drucksache sowie die Erteilung des Prüfauftrages bezüglich der Teamleitung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13

zu 10 Sonstiges

Herr Schmolke fragt nach der Veröffentlichung des Ergebnisses der Ausschreibung zur Schulsozialarbeit.

Daraufhin teilt Herr Kolesnyk mit, dass dazu eine nicht öffentliche Beschlussvorlage zur Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung am 04.05.2016 vorliegt, die dann sicherlich am 26.05.2016 im nicht öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses beraten wird.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 26. Mai 2016, 16:30 Uhr

David Kolesnyk
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin